

## Ambulante Pflege: Massiver Anstieg

**Versorgungsplan** Pflegeplätze im Heim werden im Kanton Luzern zwischen 2018 und 2025 nur zurückhaltend ausgebaut – im Gegensatz zum ambulanten Bereich. Denn die wachsende Zahl von älteren Menschen möchte trotz Pflegebedürftigkeit möglichst lange zu Hause leben. Dies geht aus dem 81-seitigen Bericht zur Versorgungsplanung Langzeitpflege 2018–2025 hervor, der gestern veröffentlicht wurde. Der Planung des stationären Bereichs geht eine Analyse des Gesundheitsobservatoriums zur Entwicklung der Zahl pflegebedürftiger Menschen voraus. Bis 2025 können maximal 5635 Plätze in die kantonale Pflegeheimliste aufgenommen werden. Davon betreffen 5410 Plätze die Grundversorgung. Die restlichen 225 Plätze sind für spezialisierte Angebote mit überregionalem Einzugsgebiet vorgesehen. Per 1. Januar 2018 befinden sich 5185 regionale und 180 überregionale Plätze in der kantonalen Pflegeheimliste.

Im ambulanten Bereich rechnet der Kanton bis 2025 mit einem Bedarf von rund 890 000 bis 940 000 Stunden Spitex-Pflegeleistung für Personen ab 65 Jahren. Zum Vergleich: 2016 lag die Spitex-Pflegeleistung bei knapp 580 000 Stunden.

Laut Edith Lang, Leiterin Dienststelle Soziales und Gesellschaft, wurde der Versorgungsplan Langzeitpflege 2018–2025 in Zusammenarbeit mit den Luzerner Gemeinden sowie Vertretern der Fachverbände erstellt. Er dient als Argumentations- und Entscheidungsgrundlage in der Entwicklung der Langzeitpflege, die Sache der Gemeinden ist. (sb)

## WWW.

Den ganzen Bericht finden Sie unter: [luzernerzeitung.ch/bonus](http://luzernerzeitung.ch/bonus)

## Initiative kommt zur Abstimmung

**Greppen** Die Gemeindeinitiative «Für massvolles Bauen in Greppen» ist mit 218 gültigen Stimmen zu Stande gekommen. Der Gemeinderat erachtet sie als «materiell gültig». Die Initiative verlangt, dass die Stimmbürger über die Überbauung Sagi-Areal befinden können. Gemeindepräsidentin Claudia Bernasconi sagt: «Bei einem Ja zur Initiative kommt das Projekt an die Urne.» Mit der Überbauung sind rund 70 neue Wohnungen geplant (wir berichteten). Anwohner befürchten Mehrverkehr. Zudem stören sie sich daran, dass im Wettbewerbsprojekt von einem durchgehenden Seeuferweg die Rede war, dieser im Gestaltungsplan aber nicht mehr durchgehend eingezeichnet ist. «Die Initiative kommt frühestens im Frühling 2018 zur Abstimmung», sagt Claudia Bernasconi.

Die Tranterra Immobilien AG ist die Bauherrin. Sie nimmt den Entscheid des Gemeinderats zur Kenntnis. Mediensprecher Paul Felber sagt aber: «Die Initiative verstösst gegen übergeordnetes Recht.» Ausserdem wirft die Tranterra den Initianten vor, dass die Unterschriftensammlung mit unwahren Behauptungen erfolgte, etwa dass mehr Wohnungen und Geschosse geplant seien. Die Investorin erwartet durch die Initiative grosse Verzögerungen. (rt)

# Unmut über Regierung wächst

**Luzern** Die mittelfristigen Pläne der Regierung zur Sanierung der maroden Kantonsfinanzen geraten immer stärker unter Beschuss. Jüngstes Beispiel ist die Kritik der kantonsrätlichen Planungs- und Finanzkommission.

**Lukas Nussbaumer**

lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Der Kanton Luzern wird mit einem rechtskräftigen Budget ins neue Jahr starten können. Dies im Gegensatz zum laufenden Jahr – und auch anders als 2012. Das ist die einzige gute Nachricht, wenn es um die Finanzpolitik der nächsten Jahre geht. Denn ab 2019 sind die Aussichten richtig düster. Und zwar deshalb, weil die Sanierungspläne der Regierung, die sie in ihrem Aufgaben- und Finanzplan bis 2021 und in der Revision des Steuergesetzes macht, auf breite Ablehnung stossen. Vorläufiger Höhepunkt ist die gestern von der kantonsrätlichen Planungs- und Finanzkommission (PFK) geäusserte Kritik an den Planwerken der Regierung.

Nicht gut an kommt – erstens – die für 2019 vorgesehene Erhöhung der Dividendenbesteuerung. Die PFK wird in der Dezembersession deshalb beantragen, es sei auf die Anhebung zu verzichten. Das Gleiche vor hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben – und auch SVP, FDP und CVP sind gegen höhere

Dividendensteuern. Die 5 Millionen Franken, die der Kanton Luzern damit pro Jahr eingenommen hätte, müssen also definitiv anders beschafft werden.

Auch für ein Ja zum zweiten grossen Einnahmestück, den die Regierung künftig gerne verbuchen würde, sieht es schlecht aus: Die geplanten 20 Millionen aus der Aufgaben- und Finanzreform zwischen dem Kanton und den Gemeinden seien «unsicher und noch nicht mehrheitsfähig», schreibt die PFK. Das sehen SVP und SP exakt gleich (Ausgabe vom 10. November).

### Kanton soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren

Fallen diese beiden Einnahmeposten weg, vergrössert sich der Handlungsbedarf ab 2019 von knapp 30 auf rund 50 Millionen Franken. Weil die Regierung selbst für die 30 Millionen keine Kompensationsvorschläge präsentiert, wird die PFK im Kantonsrat einen weiteren Antrag stellen: Die Regierung solle sich auf die Kernaufgaben des Kantons konzentrieren und auf neue, nicht zwingende Leistungen ver-

zichten, solange der Finanzhaushalt nicht im Gleichgewicht sei. Was «Kernaufgaben» sind und was sich die Bürger unter «neuen, nicht zwingenden Leistungen» vorstellen sollen, lässt die Kommission offen.

«Das Ja zum Budget ist wichtig, denn so kann Ruhe einkehren.»



**Inge Lichtsteiner**  
Kantonsrätin CVP, Eglolzwil

Als Sparmassnahmen von zirka 50 Millionen Franken pro Jahr nicht schon genug Zündstoff bergen würden, legt die CVP noch ein Brikett oben drauf: Sie will das Vorhaben der Regierung, im Steuergesetz den Eigenbetriebsabzug zu streichen, notfalls mit dem Referendum torpedieren (Ausgabe von gestern).

Trotz deutlicher Vorbehalte beantragt eine Mehrheit der PFK dem Plenum Anfang Dezember, der Aufgaben- und Finanzplan sei zu genehmigen. Es habe bei dieser Abstimmung aber Gegenstimmen und «eine bemerkenswerte Anzahl von Enthaltungen» gegeben, sagt PFK-Vizepräsidentin Inge Lichtsteiner (CVP, Eglolzwil). Wie viele, werde aufgrund des Kommissionsgeheimnisses nicht kommuniziert. Offen bleibt aus dem gleichen Grund auch, wie stark die Kommissionsminderheit war, die das Planwerk an die Regierung zurückweisen wollte.

«Klar mehrheitlich einverstanden» ist die PFK mit dem Budget für 2018, das bei einem Gesamtaufwand von rund 3,7 Milliarden Franken ein Defizit von 43,6 Millionen vorsieht. Die Zu-

stimmung zum Voranschlag bezeichnet Inge Lichtsteiner als «wichtig, denn so kann eine gewisse Ruhe einkehren». Die 17-köpfige Kommission besteht aus 5 CVP-Mitgliedern, je 4 Angehörigen von SVP und FDP, 2 SP-Räten und je 1 Mitglied von Grünen und Grünliberalen.

### Brisantes Thema wurde nur angesprochen

Den Steuerfuss will die PFK bei 1,6 Einheiten belassen. Dieser Entscheid ist einstimmig gefallen – und er deckt sich mit dem Antrag der Regierung. Diese geht nach dem Nein des Volks vom Mai zu einem Steuerfuss von 1,7 Einheiten bis 2021 von den seit 2014 geltenden 1,6 Einheiten aus.

Ein brisantes Thema wurde in der Kommission zwar angesprochen, es ist laut Lichtsteiner jedoch weder diskutiert noch abgestimmt worden: Soll die Regierung die Hochrechnungen zum Finanzjahr 2017, die sie den Kantonsräten ausgehändigt hat, öffentlich machen müssen? Ob sich SP und Grüne mit dieser Forderung Gehör verschaffen können, entscheidet also der Kantonsrat.

## Wyss macht Zugeständnisse vor Lehrern

**Bildung** Am gestrigen Lehrerinnen- und Lehrertag in Sursee musste sich Bildungsdirektor Reto Wyss einmal mehr saftige Kritik anhören. Den 500 anwesenden Lehrpersonen versprach er bessere Löhne.

Ungeachtet des sonnigen Wetters verkündeten gestern Nachmittag die Vertreter des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (LLV) düstere Aussichten. Nicht im meteorologischen Sinne, dafür im bildungspolitischen: längere Arbeitszeiten, weniger Geld für Dienstaltersgeschenke und fehlende Wertschätzung. Dies werde auch künftig zum Alltag der Lehrpersonen im Kanton Luzern gehören. So umschrieb LLV-Präsidentin Annemarie Bürkli die getrübe Stimmung innerhalb der Luzerner Lehrerschaft in ihrer Begrüssung zum diesjährigen Lehrerinnen- und Lehrertag in der Stadthalle Sursee. «Ich bräuhete viel mehr Zeit, um weitere Beispiele zu nennen», sagte Bürkli, «diese Zeit habe ich aber nicht – denn bekanntlich findet der Lehrerinnen- und Lehrertag nur noch an einem halben Tag statt», spitzte sie ihre Aussage zu. Bürkli spielte damit auf die bürgerlichen Kantonsparlamentarier an, welche vor einem Jahr kritisiert hatten, der Anlass werde jeweils auch am Mittwochmorgen, also während der Unterrichtszeit, durchgeführt. Daraufhin entschied der Verband, die alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung nur noch am schulfreien Nachmittag durchzuführen.

Das wirkt sich nun unübersehbar auf die Teilnehmerzahl aus: Strömten 2015 noch rund 900 Lehrpersonen aus dem ganzen Kanton nach Sursee, waren es gestern etwa 500. Das änderte allerdings nichts an den pointierten Äusserungen, mit welchen sich der anwesende Bildungsdirektor Reto Wyss konfrontiert sah. «Wir fordern, dass die 2017 eingeführte, zusätzliche Lektion auf der Primarstufe wieder rückgängig gemacht wird», sagte



Annemarie Bürkli forderte von Bildungsdirektor Reto Wyss mehr Wertschätzung.  
Bild: Pius Amrein (Sursee, 22. November 2017)

Bürkli in gewerkschaftlicher Manier. Reto Wyss gestand: «Die Arbeitsbedingungen haben sich durch die zusätzliche Lektion tatsächlich verschlechtert. Deren Nutzen werden wir in drei Jahren überprüfen», versprach der CVP-Regierungsrat.

### Kürzungen werden mit mehr Lohn nicht wettgemacht

Weitere Zugeständnisse machte Wyss auch bezüglich der Lohnentwicklung im Bildungsbereich. Zwar wurde dafür im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 mehr Geld reserviert. «Ich gestehe aber, dass dies nicht im gewünschten Rahmen geschieht», sagte Wyss. «Die Besoldung soll sich in Zukunft besser entwickeln.» Laut Annemarie Bürkli ist dies ein Schritt in die richtige Richtung – «auch wenn die Kürzungen im Bildungsbereich der letzten Jahre damit nicht gänzlich aufgeholt werden können», fügte sie an.

Den Lehrerinnen- und Lehrertag nutzt der LLV traditionsgemäss auch dazu, um der Regie-

«Die Arbeitsbedingungen haben sich tatsächlich verschlechtert.»

**Reto Wyss**  
Bildungsdirektor Luzern

runge konkrete Forderungen zu überreichen. Der Verband forderte gestern:

- bessere Mitsprachekultur,
- verlässliche Rahmenbedingungen und die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung auf den Stand von 2016/17,
- genügend Ressourcen für die Umsetzung des Lehrplans 21 und
- eine starke Sekundarschule auch nach Umsetzung des LP 21.

Zusätzlich zum Gespräch von Bürkli und Wyss gab es drei kurze Podiumsdiskussionen. Unter anderem votierte je ein Vertreter der Kantonsratsfraktionen über die Sparpläne in der Bildung. Wie im Kantonsratssaal in Luzern waren auch gestern in der Stadthalle Sursee die Fronten verhärtet. Applaus schenkten die anwesenden Lehrpersonen der Idee von Willi Knecht (Geiss). Der SVP-Kantonsrat plädierte dafür, die alle sechs Jahre stattfindende externe Evaluation der Schulen abzuschaffen (Ausgabe vom 25. Oktober). Beifall ertete auch SP-Politikerin Helene Meyer-Jenni (Kriens): «Die Probleme im Bildungsbereich sind hausgemacht wegen der gescheiterten Steuerpolitik. Wir generieren schlicht zu wenig Steuereinnahmen.» Das Schlusswort hatte Beat Zemp, Zentralpräsident des Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverbandes. Sein Fazit, unmissverständlich auch in Richtung Bildungsdirektor Reto Wyss: «Ich wünsche mehr Faszination und weniger Frustration für unseren Beruf.»

**Niels Jost**  
niels.jost@luzernerzeitung.ch